

# Ja des Volks schlägt Nein der Naturschutzorganisationen

Bürgerliche wollen Verbandsbeschwerderecht einschränken, damit Trift und Gornerli sofort gebaut werden

DAVID BINER, BERN

Die Wasserkraft ist CO<sub>2</sub>-arm, funktioniert auf Knopfdruck – und sie ist politisch breit abgestützt. Fast 69 Prozent der Schweizer haben sich im Juni für das Stromgesetz ausgesprochen und damit auch für sechzehn Wasserkraftprojekte. Zu den grössten gehören das Triftprojekt sowie ein neuer Speichersee beim Gornergletscher in Zermatt. Doch auch wenn diese Projekte direkt demokratisch legitimiert sind und nebst dem National-, dem Ständer- und dem Bundesrat auch das Volk deutlich Ja gesagt hat, werden sie in absehbarer Zeit kaum gebaut werden.

Lokale und nationale Naturschutzverbände wie der Grimselverein, Aqua Viva oder die Stiftung Landschaftsschutz wollen den Ausbau dieser erneuerbaren Energien blockieren. Auch deshalb prüft Energieminister Albert Rösti Wege, neue Kernkraftwerke wieder zu erlauben. Das per Notrecht errichtete und mit Öl und Gas betriebene Reservekraftwerk im aargauischen Birs steht für die blockierte Energiewende. Der Atomausstieg und die Einsprachen bei der Wasserkraft machen die fossilen Energien wichtiger denn je.

Energieminister im Ständerat versuchen nun, diesen paradoxen Weg zu verlassen. Sie wollen zumindest das faktische Neubauverbot für Wasserkraftwerke aufheben – indem man den Umweltverbänden das Verbandsbeschwerderecht einschränkt. Die Grundidee dabei ist, die sechzehn im Stromgesetz genehmigten Wasserkraftprojekte dem Einfluss der Verbände zu entziehen. Einsprachen wären nicht mehr möglich. Die Gross-

## Der Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und dem Schutz des Wirtschaftsstandorts spitzt sich zu.

projekte im Berner Oberland und in Zermatt hätten plötzlich Perspektiven und Planungssicherheit. Es wäre ein Paradigmenwechsel in der Energiepolitik.

Mit Beat Rieder und Thierry Burkart haben sich jüngst der Präsident sowie der Vizepräsident der ständerätlichen Energiekommission (Urek) dafür ausgesprochen. Der Mitte-Ständerat Rieder sagte in einem Beitrag von Radio SRF, dass es angesichts der ständigen Blockaden nun an der Zeit sei, sich die Frage zu



Die Kraftwerke Oberhasli ersetzen die bestehende Staumauer am Grimsel durch eine neue.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

stellen: «Wer entscheidet in der Schweiz, das Parlament und das Volk, oder entscheidet eine NGO?» Für Burkart bedeutet die Forderung zudem ein Déjà-vu. Schon als junger Aargauer Kantonsrat hat sich der heutige FDP-Präsident nach der Jahrtausendwende für eine Beschränkung des Verbandsbeschwerderechts stark gemacht.

### Schnellere Verfahren

Seither wurde das Verbandsbeschwerderecht ad absurdum geführt. Während die grossen Verbände an einem runden Tisch einlenkten und den sechzehn Wasserkraftprojekten freies Geleit versprachen, wird es immer Organisationen geben, die die Vorhaben blockieren können. Rieder und Burkart versuchen nun, kommende Woche ihren Vorschlag über den sogenannten Beschleunigungserlass einzubringen. Die Beschwerdeverfahren würden nicht nur gebündelt und schneller entschieden. Neu sollen Projekte, die die direkt demokratischen Hürden hinter sich haben, von den Verbänden nicht mehr beanstandet werden können.

Der Vorstoss von Rieder und Burkart hat die Umweltorganisationen aufgeschreckt. Raimund Rodewald, der Ge-

schaftsführer der Stiftung Landschaftsschutz, sagte gegenüber SRF, dass das Verbandsbeschwerderecht dafür Sorge, dass die bestehenden Vorschriften und Gesetze eingehalten würden. Wenn man bei Projekten nicht mehr einsprechen könne, fehle die neutrale Überprüfung durch ein Gericht. Was Rodewald so nicht sagt: Natürlich würde eine weitreichende Beschränkung des Beschwerderechts auch den Sinn und Zweck der Verbände grundlegend infrage stellen.

### Alte Debatte, neue Dringlichkeit

Selbst die Linke, die stark mit den Umweltverbänden verhandelt ist, scheint den Druck zu spüren. Der SP-Ständerat Simon Stocker erwägt bereits einen Kompromissvorschlag zu der Forderung seiner Ratskollegen. So sollen etwa nur Verbände ab einer bestimmten Grösse zu Einsprachen berechtigt sein. Anhand welcher Kriterien, ist derzeit offen – wie so vieles. Sicher ist: Der Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und dem Schutz des Wirtschaftsstandorts spitzt sich zu.

Während die Ständeräte das Verbandsbeschwerderecht bei Wasserkraftprojekten ins Visier nehmen, soll es auch im privaten Wohnbaubereich ab-

geschwächt werden. Entsprechende Diskussionen sind im Gang, der Bundesrat unterstützt die Vorschläge aus dem Parlament. Mit der proaktiven Wolfsregulierung kommt ein weiteres emotionales Beispiel dazu, wo Direktbetroffene und Verbände um die Entscheidungshoheit kämpfen. Während es Rieder und Burkart gelingen könnte, zumindest im Ständerat eine Mehrheit zu finden, wird sich spätestens im Nationalrat zeigen, wie weit der bürgerliche Ärger über die Blockaden tatsächlich reicht. Sowohl bei der Mitte als auch bei der FDP gibt es Stimmen, die den Verbänden nach wie vor wohlgesinnt sind.

Gleichwohl zeigen die anstehenden Diskussionen in der Urek, dass das Verbandsbeschwerderecht längst keine heilige Kuh mehr ist. 2008 wurde eine entsprechende Initiative der FDP, die den «Schluss der Verhinderungspolitik» erzwingen wollte, vom Volk deutlich abgelehnt. Ob das heute immer noch der Fall wäre? Damals hatte die CVP im Ständerat versucht, wenigstens über einen Gegenvorschlag die Verbandsbeschwerde abzuschwächen. Der entsprechende Antrag wurde jedoch knapp abgelehnt. Sechzehn Jahre später ist die Debatte neu lanciert – mit offenem Ausgang.

## Ombudsstelle rügt SRF-Verzicht auf Berichterstattung

Die Redaktion hat die Corona-Protokolle des RKI nicht thematisiert

ELENA OBERHOLZER

Als im Frühjahr die Corona-Protokolle des deutschen Robert-Koch-Instituts (RKI) öffentlich wurden, hat das SRF auf eine Berichterstattung verzichtet. Bei der Ombudsstelle von SRF gingen damals zahlreiche Beschwerden ein. Es sei unverständlich, weshalb das SRF die Protokolle nicht thematisiere. Die Ombudsstelle hat sich mit dem Fall beschäftigt und kommt zum Schluss: SRF hat einen Fehler gemacht. Die Redaktion hätte über die Corona-Protokolle berichten müssen. So steht es in einem Bericht, der diese Woche veröffentlicht wurde.

Das RKI ist in Deutschland zuständig für die Überwachung von Infektionskrankheiten. Während der Corona-Pandemie hat es Daten zu Covid-19 erfasst und Empfehlungen an die deutsche Regierung ausgesprochen. Ende März musste das RKI Protokolle aus den Sitzungen des Corona-Krisenstabs veröffentlichen, weil das Onlinemedium Multipolar unter Berufung auf das Gesetz für Informationsfreiheit erfolgreich geklagt hatte. Es handelt sich dabei um Material im Umfang von 2000 Seiten.

Die Aufregung rund um die Corona-Protokolle war gross. In Deutschland wie in der Schweiz. Viele Schweizer Medien berichteten, auch die NZZ. Das Briante: Die Protokolle waren zum Teil geschwärzt. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes, wie das RKI sagte. Doch die geschwärzten Stellen führten zu zahlreichen Mutmassungen und Interpretationen. An einer Stelle etwa konnte der Eindruck entstehen, das RKI habe Anweisungen durch die Politik erhalten und befolgt. Dann hätte das Forschungsinstitut nicht unabhängig gehandelt.

Das SRF schreibt zum Entscheid der Ombudsstelle, die Redaktion sei in der Themenwahl frei. Worüber man berichte, werde nach Kriterien der Relevanz und des Publikumsinteresses entschieden. Die RKI-Protokolle seien in der Redaktion diskutiert worden. Die Entscheidung, nicht über die Protokolle zu berichten, sei richtig gewesen, weil die Entscheide des deutschen Krisenstabs keinen Einfluss auf die Covid-Massnahmen in der Schweiz gehabt hätten. Und weil in den Protokollen kaum neue Erkenntnisse gestanden hätten.

Die Ombudsstelle sieht das anders. Sie schreibt, die Protokolle hätten ein breites Medienecho ausgelöst. Nur weil kaum Erkenntnisse in den Protokollen zu finden seien, negiere das nicht die Brisanz des Themas. Ausserdem habe sich die Schweizer Regierung sehr wohl auf Erkenntnisse des RKI berufen. Das Institut beeinflusste indirekt also auch den Umgang mit der Pandemie in der Schweiz. SRF hätte über die Protokolle berichten müssen, so die Ombudsstelle.

ANZEIGE

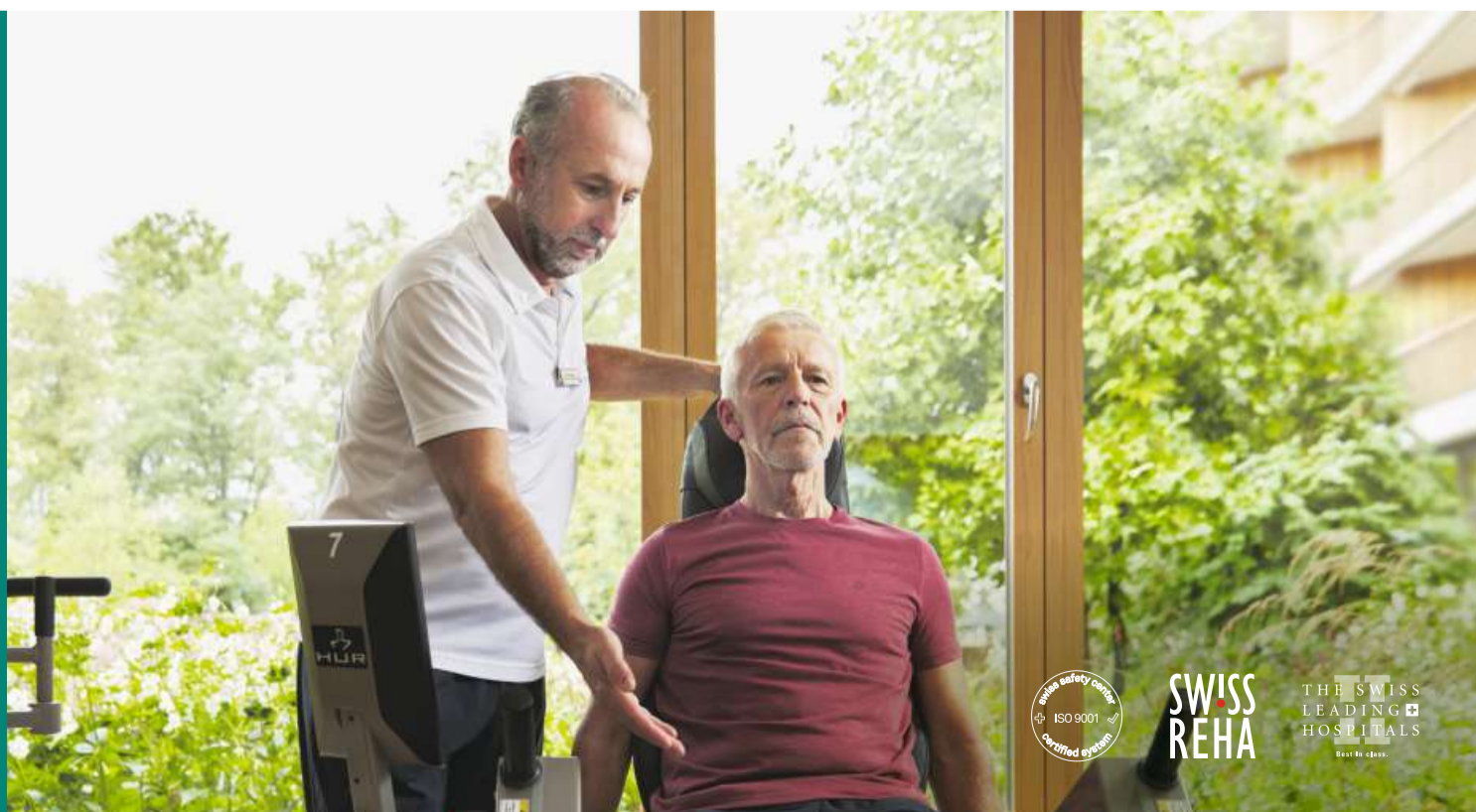


KLINIK SCHLOSS MAMMERN  
ZURÜCK ZUR GESUNDHEIT

## ZURÜCK ZU EINEM STARKEN HERZEN

In einem erstklassigen Umfeld unterstützt und begleitet Sie unser interprofessionelles Team auf dem Weg zurück zu einem starken Herzen.

www.klinik-schloss-mammern.ch



SWISS REHA

THE SWISS LEADING HOSPITALS